Haushaltsrede zum Haushalt 2025

Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion Ludwigshafen

Dr. Liborio Ciccarello

„Es gibt nichts Neues unter der Sonne.“ (Salomo)

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Ludwigshafener Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,
werter Stadtvorstand,
liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen,

„Es gibt nichts Neues unter der Sonne“ (Prediger 1:9). Dieser König Salomo zugeschriebene Ausspruch drängt sich einem unweigerlich auf bei der Betrachtung der finanziellen Situation Ludwigshafens der letzten Jahre. Unter diesem Gesichtspunkt könnte man ihn auf unsere Stadt übertragen und auch sagen können: „Es gibt nichts Neues in Ludwigshafen, leider.“

Daher könnte ich an dieser Stelle theoretisch einfach auf meine Haushaltsreden der letzten Jahre verweisen und es an dieser Stelle auch dabei bewenden lassen. Doch, noch frei von der Redezeitbeschränkung, möchte ich dann dennoch zu ein paar wenigen aber wichtigen Punkten etwas sagen.

Die Rate der freiwilligen Ausgaben liegt im aktuellen Haushaltsplan bei 6,2 %: Das ist – wie in den Vorjahren auch – äußerst wenig.

Das den Kommunen grundgesetzlich zugesicherte Selbstverwaltungsrecht kann Ludwigshafen daher nicht wirklich wahrnehmen und das schon seit vielen Jahren. Und so liegt der Diskussionsfokus der mit dem Haushaltsplan befassten Gremien mittlerweile leider darin zu schauen, wo man noch etwas sparen bzw. streichen kann.

Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Die BSW-Fraktion wird nicht aufhören, diesen Zustand zu monieren. Allerdings werde ich – wie in meinen vorherigen Haushaltsreden – auch in meiner diesjährigen Haushaltsrede Lösungsansätze anbieten, um aus dieser desolaten Situation herauszukommen.

Jahrelang habe ich als Fraktionsvorsitzender von hier aus unseren alten kommunalen Finanzausgleich wegen seiner mangelnden Bedarfsorientierung kritisiert. Dass der neue kommunale Finanzausgleich endlich mehr bedarfsorientiert gestaltet ist, kommt Ludwigshafen etwas entgegen.

Auch habe ich als Fraktionsvorsitzender von hier aus wiederholt vehement auf die Notwendigkeit eines Schuldenschnittes für unsere Stadt hingewiesen. Dass durch die Teilnahme Ludwigshafens am PEK (Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in RLP) das Land rund 500 Mio. Euro ihrer Schulden im Liquiditätsbereich endlich übernehmen will, stellt für unsere Stadt tatsächlich eine signifikante finanzielle Entlastung dar.

Diese Maßnahmen reichen aber nicht aus. Warum nicht? Weil Bund und Land unserer Stadt viel zu viele Aufgaben aufbürden, ohne sie hierfür finanziell ausreichend auszustatten.

Paradebeispiel hierfür sind die Aufwendungen der sozialen Sicherung, die im aktuellen Haushaltsplan 438,4 Mio. Euro betragen und denen Erträge von nur 198,2 Mio. Euro gegenüberstehen:

Das ergibt ein strukturelles Defizit in Höhe von 240,2 Mio. Euro alleine im Sozialbereich.

Dieser Missstand ist mehr als besorgniserregend.

Was kann man dagegen tun? Wie könnte man der desolaten finanziellen Situation unserer Stadt entgegenwirken?

Sowohl die jetzige als auch die letzten Bundesregierungen haben den Kommunen immer mehr Aufgaben im Sozialbereich übertragen, ohne deren Finanzierung sicherzustellen, was eine grobe Verletzung des Konnexitätsprinzips darstellt.

Der Bund darf daher nicht weiterhin das Konnexitätsprinzip verletzen. Damit das nicht passiert, muss eine Regelung her, die mehr als bisher gewährleistet, dass, wenn Ludwigshafen ihre vom Bund und vom Land auferlegten Aufgaben erledigt, hierfür auch das notwendige Geld bekommt.

In diesem Zusammenhang muss sich das Land beim Bund stark machen für seine Kommunen und das entsprechende Geld vom Bund einfordern, zumal hier nur die Länder und nicht die Kommunen mit dem Bund verhandeln können.

Das fordern wir als BSW!

Der Bund darf keinesfalls weiterhin das Konnexitätsprinzip verletzen. Stattdessen sollte er die Gewerbesteuer weiterentwickeln zu einer neben dem Gewerbe auch die Freien Berufe inkludierenden Gemeindewirtschaftssteuer, um als originäre Kommunalsteuer die Einnahmeseite der Kommunen zu verbessern.

Das fordern wir als BSW!

Ludwigshafen hat noch zahlreiche Projekte zu stemmen:
Exemplarisch seien an dieser Stelle genannt der Bau der beiden
Hochstraßen, die Errichtung der City West, der Bau von
Kindergärten, der Ausbau des Radwegenetzes und des ÖPNV
und die Modernisierung unserer Sportlandschaft.

Ohne eine radikale Änderung der städtischen Finanzen kriegen
wir das nie und nimmer hin.

Was wir in Ludwigshafen daher brauchen, ist ein
Schuldenschnitt seitens des Bundes.

Im letzten Bundestagswahlkampf hat der damalige
Finanzminister und heutige Bundeskanzler einen
Schuldenschnitt bei allen Kommunen gefordert, eine
„finanzielle Stunde null der Kommunen“ verlangte er. Weder
ein Schuldenschnitt noch ein Teilschuldenschnitt ist gekommen,
nichts ist passiert in diese Richtung.

Natürlich hat man kein Geld für die Kommunen übrig, wenn man Deutschland kriegstüchtig machen will.

Aber die Angst war noch nie ein guter Berater:

Statt angstgeleitet Deutschland kriegstüchtig machen zu wollen, wäre es besser, hoffnungsgelieitet Deutschland friedensstiftend machen zu wollen.

Ein Schuldenschnitt wäre also möglich, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden wäre.

Das fordern wir als BSW!

Unsere Oberbürgermeisterin und auch unser Stadtvorstand halten trotz der prekären finanziellen Situation mit Augenmaß haus.

Vor diesem Hintergrund wird die BSW-Fraktion diesen Haushalt nicht ablehnen.

Diesem Haushaltsplan zustimmen aber werden wir auch nicht, weil wir die Unterfinanzierung Ludwigshafens partout nicht akzeptieren.

Daher werden wir uns enthalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Liborio Ciccarello

Fraktionsvorsitzender